



Netflix, das bessere Fernsehen

Von Marc Felix Serrao

Geist und Macht: Dass einer beides hat, kommt selten vor. Wilmot Reed Hastings Jr. ist so eine Doppelbegabung. Als Mathematikstudent hat er Anfang der achtziger Jahre Preise abgeräumt, als Mitgründer der Video-Streaming-Firma Netflix drängte er zwei Jahrzehnte später die Videotheken-Kette Blockbuster vom Markt. Vom übermächtigen Konkurrenten, der Netflix im Jahr 2000 noch für ein Taschengeld hätte schlucken können, blieb nichts übrig.

Heute ist Hastings immer noch Macht mensch, also einer, der nur dann richtig glücklich ist, wenn seine Einflussphäre wächst. 3,6 Millionen Abonnenten hat Netflix im dritten Quartal weltweit dazugewonnen, meldete der CEO diese Woche. Eine Million mehr als erwartet. Die Börse ließ die Netflix-Aktie mit einem Kursanstieg von 20 Prozent hochleben.

Mindestens so spannend wie seine Zahlen aber ist das, was Hastings, der Geistmensch, zurzeit veranstaltet. „House of Cards“, die zu Recht gefeierte, bald aus fünf Staffeln bestehende Reihe über den ruchlosen Politiker Francis Underwood, war 2013 der Anfang. Daraus bewies Hastings erstmals, dass er nicht nur Geschäftsmodell und Konkurrenzdezimierung, sondern auch Inhalt und Anspruch kann. Jetzt zeigt sich: Das war kein Ausrutscher. Wenn junge Mediennutzer über ihre Lieblingsserien reden, fallen immer öfter die Namen von Netflix-Produktionen wie „Narcos“, „Orange Is the New Black“ oder, ganz neu, „Stranger Things“. Auch in Deutschland.

Der Grund liegt auf der Hand. Es gibt außerhalb der Vereinigten Staaten wenige Serien, die an den sich langsam, aber sicher etablierenden Netflix-Standard heranreichen. In Deutschland schon gar nicht. Die Schauspieler, die Drehbücher, die Musik, alles ist auf einem so hohen Niveau, dass Konkurrenten wie ARD, ZDF, Pro Sieben oder RTL dagegen wirken wie Hobby-Produzenten.

Sicher, es gibt in Deutschland noch eine „Tatort“-Gemeinde.

Doch die Beziehung der meisten Zuschauer zu ihren Fernsehkommissaren gleicht eher einer müde gewordenen Ehe als einer Romanze. Man lächelt solidarisch, wenn der andere seine Witze erzählt. Aber dass ein deutscher Fernsehzuschauer Familie und Freunde anruft, um von dieser irren neuen Serie zu schwärmen, die er oder sie gerade gesehen hat, daran kann sich kein Mensch erinnern. Das Fernsehen als mediales Lagerfeuer der Bundesrepublik ist tot.

Wie es sein kann, wenn noch mal alle über dieselben Unterhaltungsstoffe reden, haben zuletzt Amerikas Kabelkanäle HBO und AMC demonstriert. Ihre Meisterwerke – „Mad Men“, „Breaking Bad“ oder „Game of Thrones“ – gehören auch in Deutschland zur popkulturellen Grundbildung. Der eine guckt sie auf DVD, der zweite lädt bei iTunes, der Dritte versucht es illegal. Und alle reden mit. Aber das waren Einzelfälle. Den einen Ort, an dem Zuschauer nicht wie rammdösig Konsumenten behandelt werden, den gibt es nicht. Oder entsteht er gerade?

Seit kurzem bietet Netflix mehr Eigenproduktionen denn je an. Neben neuen Serien gibt es Comedyformate, darunter viele gelungene Stand-up-Auftritte, außerdem Dokus und Spielfilme. Einiges ist Geschmackssache, aber alles ist hochwertig. Und es richtet sich erkennbar an ein anspruchsvolles, nicht-verblödetes Publikum. Allein dafür hat Reed Hastings, der geistreiche Macht mensch, Beifall verdient.

Natürlich gibt es Risiken. Netflix wächst in Amerika nur noch langsam. Amazon, die Nummer zwei im Streaming-Markt, macht Druck. Lizenzen für Fremdware sind teuer, vor allem, wenn man sie wie Netflix Land für Land beirappen muss. Und wenn Ted Sarandos, der von der Filmbranche verehrte „Chief Content Officer“ der Firma, je abgeworben wird, dann hat sie ein Problem.

Aber aus Kundensicht ist Netflix ein Gewinn. Das fängt bei der einfachen Kündigung an. Und es hört bei den Inhalten auf, die einen davon abhalten, zu kündigen. Von denen gibt es immer mehr.

DER SONNTAGSÖKONOM

WARUM DIE DEUTSCHE FRAU NICHT IN ARBEITET

Die Besteuerung der Familien ist eines der heikelsten Themen der deutschen Politik. Die zurückliegende Bundestagswahl verloren SPD und Grüne nach verbreiteter Einschätzung vor allem wegen ihrer Steuerpläne, zu denen auch die Abschaffung des „Ehegattensplittings“ zählte. Beide Parteien wollten das Splitting abschaffen, weil es traditionelle Ehen privilegiert, in denen nur ein Partner arbeitet, der andere aber zu Hause bleibt oder einen geringfügigen Teilzeitjob ausübt. Auf die vielen Wähler, die in Deutschland noch immer ein solches Modell praktizieren, wirkte das abschreckend – zumal die Grünen nicht einmal eine Übergangsfrist vorsahen. Die Kritik am Ehegattensplitting bekam den Anstrich des Ideologischen.

Dabei gibt es sehr rationale Argumente für seine Abschaffung. Die Frankfurter Wirtschaftsprofessorin Nicola Fuchs-Schündeln hat sich jetzt ganz nüchtern des Themas angenommen. In einem Aufsatz, den sie gemeinsam mit ihrem amerikanischen Kollegen Alexander Bick schrieb, geht sie von der zunächst ganz unverfänglichen Frage aus: Warum arbeiten die Menschen in den Vereinigten Staaten, in Stunden pro Jahr gerechnet, eigentlich so viel mehr als in den meisten europäischen Ländern – allen voran Deutschland?

Einige Faktoren sind allgemein bekannt oder haben wenig mit Geschlechtsunterschieden zu tun. Da wäre zum Beispiel der Umstand, dass amerikanische Arbeitnehmer nur einen geringen Urlaubsanspruch haben, von dem sie noch dazu selten Gebrauch machen. Oder die Tatsache, dass die Bevölkerung der Vereinigten Staaten im Schnitt über ein besseres Bildungsniveau verfügt als manche südeuropäischen Länder – und Qualifikation geht in der Regel mit einer höheren Be-

Hierzulande sind verheiratete Frauen so wenig berufstätig wie kaum irgendwo sonst. Schuld ist das Ehegattensplitting.

Von Ralph Bollmann

schäftigungsquote einher. Aber diese Umstände erklären die Unterschiede nur zum Teil, und vor allem liefern sie keinen Hinweis darauf, warum ausgerechnet die Deutschen im Schnitt so wenig arbeiten. Schließlich ist das Bildungsniveau hierzulande nicht gerade niedrig, und viel Urlaub machen etwa die Skandinavier auch. Die Antwort fand die Ökonomin Fuchs-Schündeln schließlich im Steuersystem. Sie entdeckte einen klaren Zusammenhang: Überall dort, wo Paare vom Finanzamt getrennt veranlagt werden, ist der Arbeitseifer groß. In Ländern hingegen, wo beide Partner ihre Steuererklärung gemeinsam verfassen, fällt die Zahl der geleisteten Stunden im Job dramatisch ab. Und da in den meisten Familien der Mann noch immer der Hauptverdiener ist, gilt das in erster Linie für Frauen, die vor allem in Deutschland noch immer sehr häufig in Teilzeit arbeiten.

Warum das so ist, das verdeutlicht die Wissenschaftlerin an einem Vergleich zwischen Deutschland und Schweden. Mit den Steuersätzen an sich lassen sich die Unterschiede nicht erklären, schließlich sind sie in beiden Ländern vergleichsweise hoch. Die steuerliche Behandlung von Paaren macht den Unterschied. Geht der eine Partner schon einer Tätigkeit mit durchschnittlichem Einkommen

nach, und der andere beschließt, es ihm gleichzutun: Dann zahlt er – oder in der Regel sie – in Schweden auf den letzten zusätzlich verdienten Euro rund 30 Prozent Steuern, genauso viel wie der seit längerem arbeitende Lebensgefährte.

In Deutschland hingegen sieht die Rechnung ganz anders aus. Arbeitet nur einer, zahlt er viel weniger Steuern als in Schweden, weil das Einkommen rechnerisch auf beide Parteien verteilt – also „gesplittet“ – wird. Steuerlich wird es behandelt wie das Gehalt von zwei Geringverdienern, mit entsprechend niedrigen Steuersätzen. Die Rache des Finanzamts folgt, sobald die Ehefrau auf den verwegenen Gedanken kommt, ebenfalls einen Vollzeitjob anzunehmen. Weil ihr Einkommen nun einfach zu demjenigen des Mannes hinzugerechnet wird, fällt ein weitaus höherer Steuersatz an. Selbst bei einem relativ durchschnittlichen Einkommen sind das in der Spitze fast 50 Prozent, wenn man Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer mitrechnet. Die Sozialbeiträge sind dabei noch nicht einmal einkalkuliert.

Fallen dann auch noch Kosten für die Kinderbetreuung an, wird der Job zu einer Art Ehrenamt. Einen Beitrag zum Familieneinkommen leistet er jedenfalls nicht. Die Folgen solcher Anreizstrukturen legt Fuchs-Schündeln ziemlich drastisch offen. Verheiratete Frauen leisten in Deutschland 34 Prozent weniger Arbeitsstunden als in den Vereinigten Staaten. In Schweden beträgt der Abstand zu Amerika nur 4 Prozent. Die Ökonomin stellt aber auch die umgekehrte Rechnung an: Wie viele Stunden würden deutsche Ehefrauen zusätzlich arbeiten, wenn sich die Politik entschliefen könnte, das Ehegattensplitting abzuschaffen? Auf sage und schreibe 280 Stunden kommt sie bei dieser Modellrechnung, also auf volle sieben Arbeitswochen. Ein derart großes Potential an unausgeschöpfter Ar-

beitskraft gibt es sonst nur noch in Belgien, das Ehepaare ähnlich besteuert wie Deutschland. Andere Staaten folgen dann erst mit weitem Abstand.

In nahezu allen untersuchten Ländern lässt sich dieser Zusammenhang nachweisen, mit Ausnahme der Staaten, die unabhängig von der Höhe des Einkommens einen einheitlichen Steuersatz vorsehen: Bei einer solchen Flat Tax wäre es gleichgültig, ob Paare getrennt oder gemeinsam veranlagt werden, weil sie ohnehin immer den gleichen Prozentsatz an Steuern bezahlen. Wie stark sich die unterschiedlichen Steuersysteme auswirken, lässt sich gerade auch am Beispiel Dänemarks beobachten. So arbeiten verheiratete Frauen dort sehr viel weniger als in den beiden anderen skandinavischen Ländern Schweden und Norwegen. Mit kulturellen Unterschieden lässt sich das kaum erklären, sehr wohl aber mit den starken Elementen gemeinsamer Besteuerung von Ehepaaren im dänischen System.

Für die Wissenschaftler ist die Schlussfolgerung klar. „Es ist entscheidend, progressive Steuerarten umzubauen, dass sie das Verhalten von verheirateten Frauen berücksichtigen“, schreiben sie – gerade in einer Zeit, in der Unternehmer über einen drohenden Fachkräftemangel klagen und die Sozialsysteme dringend auf zusätzliche Beitragszahler angewiesen sind. Die Politik wird das angesichts des Wahlkampfes nicht gern hören. Selbst die Grünen, die erbittert über komplizierte neue Modelle zur Vermögensbesteuerung streiten, sind bei diesem viel naheliegenderen Thema inzwischen sehr vorsichtig geworden. Als realpolitisch gilt bei ihnen mittlerweile der Wunsch, das Ehegattensplitting allenfalls noch für neu geschlossene Ehen abzuschaffen.

Alexander Bick, Nicola Fuchs-Schündeln: „Taxation and Labor Supply of Married Couples across Countries: A Macroeconomic Analysis“, Working Paper 2016.

Vor einer Woche hat Rainer Hank unter dem Titel „Wachstum im Schnecken tempo ist in“ in dieser Zeitung einen Beitrag gegen die „Degrowth-Bewegung“ geschrieben. Darin behauptet er nicht nur, Wachstumskritik habe sich als Selbstverständlichkeit durchgesetzt. Sondern auch, Wachstumskritik sei fortschrittsfeindlich, ein unnötiges Luxusphänomen, habe keine Argumente auf ihrer Seite und scheitere daran, dass sie gegen „die menschliche Natur“ ankämpfe.

Wir im Konzeptwerk Neue Ökonomie arbeiten aus wachstumskritischer Perspektive zu den Möglichkeiten einer sozial-ökologischen Transformation. Wir tun dies aus der Überzeugung, dass weiteres Wirtschaftswachstum der reichen Länder kein gutes Leben ermöglicht, sondern diesem entgegensteht. Denn Analysen zeigen: Von Wachstum profitieren vor allem die Reichen, während es gleichzeitig krasse Armut und Ausgrenzung schafft und die ökologischen Grenzen des Planeten massiv überschreitet. Degrowth oder Postwachstum steht nicht für Verzicht und Rückschritt, sondern für progressive Alternativen zum Wachstumsdiktat.

Wir leben in einer kapitalistischen Wachstumsökonomie. Dass weiteres Wirtschaftswachstum möglich, wünschenswert und sogar notwendig ist, gehört zu den ideologischen Grundfesten dieser Gesellschaften. Wirtschaftswachstum soll nicht nur ökonomische Probleme wie Schulden oder mangelnde Arbeitsplätze lösen, sondern auch soziale Probleme wie Ungleichheit oder fehlende Kindergartenplätze. Viele hoffen sogar, dass durch Energiewende und technische Innovationen „grünes Wachstum“ auch die ökologischen Probleme löst. Stagnation bedeutet hier soziale Krise: Arbeitslosigkeit, Haushaltsdefizite, Armut. Der Glau-

■ GASTBEITRAG

Alternativen zum Wachstum

Eine Gegenrede zu Rainer Hanks Kritik an der Wachstumskritik. Von Matthias Schmelzer

be der expansiven Moderne ist ungeboren: Wachstum gilt als Allheilmittel und als universeller Maßstab für Fortschritt, Modernität und Entwicklung. Aber ist das wirklich so? Und gibt es Alternativen?

Hank behauptet, Wachstum sei zentral für das Prosperieren der Gesellschaft und das BIP sei „bis heute das geeignetste Maß für den Wohlstand einer Nation und ihrer Menschen“. Diese Behauptung ist ausgesprochen fragwürdig: Nicht einmal die Erfinder des BIP in den 1930er Jahren teilten diese Auffassung. Und Ökonomen, Regierungen und internationale Organisationen arbeiten seit Jahrzehnten an besseren Wohlstandsindikatoren, weil die Fixierung auf das BIP die ökologischen und sozialen Folgekosten von Wachstum weit an den Rand des gesellschaftlichen Bewusstseins drängt.

Als einzigen Beweis führt Hank die Korrelation zwischen Lebenserwartung und BIP pro Kopf an. So wichtig diese Korrelation ist, so wenig hat sie mit Wachstumskritik zu tun. Keiner bestreitet, dass Wirtschaftswachstum in der Ver-

gangenheit (Stichwort 1800) und in weniger reichen Ländern (China) mit zunehmendem Wohlstand der unteren und mittleren Klassen zusammenhängt. Degrowth bestreitet aber, dass das bis in alle Ewigkeit so weitergehen kann.

Das hat mehrere Gründe: Zahlreiche Studien zeigen, dass der Grenznutzen jedes weiteren Euros mit zunehmendem Wohlstand deutlich abnimmt, die Kosten von Wachstum hingegen steigen. Ab einem bestimmten Einkommensniveau – und dieses haben die meisten Menschen in Westeuropa in den 1980er Jahren erreicht – endet der Zusammenhang: Trotz Wirtschaftswachstums stagniert die Lebenszufriedenheit – oder sinkt sie sogar.

Ein wichtiger Grund ist die zunehmende Ungleichheit. Denn von den Einkommensgewinnen der letzten 25 Jahre – die Hank undifferenziert als „gigantischen Wachstumserfolg“ feiert – haben de facto nur wenige profitiert. Die reichsten fünf Prozent haben sich die Hälfte des Einkommensgewinns angeeignet. Inzwischen besitzen 62 Menschen so viel wie



die Hälfte der Weltbevölkerung. Gleichheit und ein gutes Sozialsystem sind kein natürliches Anhängsel des Wirtschaftswachstums, sondern das Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe und politischer Auseinandersetzungsprozesse.

Bisher geht Wachstum zudem immer mit steigendem Ressourcenverbrauch einher. Das gilt auch für Apple und Google, zwei der „wertvollsten börsennotierten Unternehmen der Welt“, die Hank als ökologisch unproblematisch feiert („Da pufft und stinkt gar nichts“). Genau auf diese Blindstellen der Wachstumsenthusiasten macht die Degrowth-Bewegung aufmerksam: Denn wir leben nicht in einer Welt, in der iPhone-Chips aus dem Sand der Strände von San-Francisco gewonnen und von gut bezahlten Beschäftigten zu Handys weiterverarbeitet werden. Stattdessen braucht das Geschäftsmodell von Apple seltene Erden, deren Abbau mit Verwüstung und Vertreibung einhergeht. Es treibt den Energieverbrauch der Informations- und Kommunikationstechnologien massiv (schon fast ein Fünftel des

Gesamtstrombedarfs) und basiert auf miserablen Arbeitsbedingungen und auf Ausbeutung. Hank liefert ein perfektes Beispiel für die Illusion einer „grünen, entwickelten Wirtschaft“, die alles, was „pufft“, dahin verschiebt, wo es nur andere trifft. Und dann so tut, als stünke es nicht.

Die Degrowth-Bewegung ist nicht gegen erneuerbare Energien und Effizienzpolitik, sondern sie weist darauf hin, dass in einer Welt mit steigendem Wirtschaftswachstum diese technologiefixierten Strategien nicht ausreichen. Besonders dann, wenn allen Menschen ein ähnlicher Lebensstandard ermöglicht werden soll, ohne den Planeten zu zerstören.

Degrowth ist eine Provokation. Genau so wie das Symbol der Schnecke. Eine Provokation gegen eine Gesellschaftsordnung, in der alle miteinander konkurrieren, in der es nur ums Höher, Schneller, Weiter geht und die unsere Lebensgrundlagen zerstört. Eine Gesellschaftsordnung, die den Menschen auf einen Homo oeconomicus reduziert, anstatt ihn als komplexes Beziehungswesen zu begreifen. Und eine Gesellschaftsordnung, in der es keine Grenzen mehr gibt für Kapital- und Warenströme, dafür aber umso stärkere Abschreckungsregime für Menschen, die aus Ländern fliehen, die wir durch unsere rücksichtslose Wachstumsökonomie zerstört haben.

Degrowth ist aber auch ein Vorschlag. Nicht für individuellen Verzicht, sondern für eine Transformation der reichsten Gesellschaften hin zu Strukturen, die nicht auf permanente Steigerung angewiesen sind. Auch wenn Hank so tut, als wäre Wachstumskritik eine Querfront, die von Rechts- bis zu Linkspopulisten reiche: Degrowth steht für eine emanzipatorische, herrschaftskritische und inklusive Zukunft.

Der Autor arbeitet beim Konzeptwerk Neue Ökonomie und ist „Permanent Fellow“ am DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften der Universität Jena.

VOLKES STIMME EIN PASS MUSS REICHEN

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Die große Mehrheit der Deutschen ist dagegen, dass die Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft bestehen bleibt. 62 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sich Personen mit mehr als einer Staatsbürgerschaft letztlich entscheiden müssen, welcher Nationalität sie angehören wollen. 27 Prozent sehen das anders und finden, dass eine doppelte Staatsbürgerschaft möglich bleiben soll. In Deutschland sind zurzeit etwa 4,3 Millionen Menschen im Besitz der deutschen und einer weiteren Staatsangehörigkeit. 690 000 haben außerdem noch einen polnischen, 570 000 einen russischen und 530 000 einen türkischen Pass.

Dafür	Bevölkerung insgesamt	Dagegen
27		62
32	16 bis 29 Jahre	52
33	30 bis 44 Jahre	52
31	45 bis 59 Jahre	62
17	60 Jahre und älter	72

Rund 1400 Befragte (Bevölkerung von 16 Jahren an). Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach FAZ-Grafik. neu.